

Bericht**19. Sitzung des Arbeitskreises Bank- und Versicherungsgeschichte**

am 18. November 2022

im Hause der Commerzbank AG, Kaiserstraße 16, 60311 Frankfurt

Thema: «Die deutschen Banken und die zweite Globalisierung»

Am 18. November 2022 fand sich der Arbeitskreis Bank- und Versicherungsgeschichte im Hause der Commerzbank AG in Frankfurt am Main zu seiner 19. Sitzung zusammen, welche sich dem Thema „Die deutschen Banken und die zweite Globalisierung“ widmete.

Eröffnet wurde die Sitzung mit einem Grußwort des Arbeitskreisvorsitzenden DIETER ZIEGLER (Bochum) und des Abteilungsdirektors Group Communications der Commerzbank AG DETLEF KRAUSE (Frankfurt am Main). Im direkten Anschluss an die Begrüßung beleuchtete Krause in einer kurzen Präsentation einige Aspekte der Internationalisierung der Commerzbank AG. Zunächst wurde die Gründung der Commerz- und Disconto-Bank im Jahre 1870 durch einen Kreis hanseatischer Großkaufmänner geschildert. Das gemeinsame Interesse habe der Stärkung des Außenhandels durch die Gewährung von Krediten für dessen Finanzierung gegolten. Chronologisch legte Krause dar, wie die Commerzbank ihre internationale Präsenz weiterentwickelte: von ihrer Gründung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs insbesondere durch internationale Kreditgeschäfte, ausländische Direktinvestitionen wie auch der Errichtung ausländischer Repräsentanzen. Nach dem Zweiten Weltkrieg sei der Aufbau eines Netzwerks internationaler Repräsentanzen, Filialen wie auch Tochterinstituten kennzeichnend für die Internationalisierung der Commerzbank AG gewesen. Krause gab an, dass die Commerzbank bereits im Jahr 1969 über Repräsentanzen weltweit verfügte und 1971 eine eigene Filiale in der Weltstadt New York eröffnete. Auch der stetig steigende Anteil der Auslandsumsätze an der Bilanzsumme der Commerzbank AG wie auch ihr Anteil am deutschen Außenhandel würden ihre Internationalität unterstreichen.

Sodann referierte CHRISTOPHER KOPPER (Bielefeld) über die Gründe für die Entstehung des Euromarktes wie auch die Etablierung des Finanzplatzes Luxemburg zur Gründung von Tochtergesellschaften von deutschen Banken. In den 1960er Jahren hätten sich europäische Städte wie London und Luxemburg aufgrund des Fehlens einer Mindestreservepflicht für Geldanlagen in einer Fremdwährung wie auch durch unbeschränkte Habenzinsen und folglich höhere Zinserträge für Geldeinlagen in Dollar zu bedeutenden Finanzplätzen entwickelt. Luxemburg im Speziellen sei für deutsche Banken sehr gut geeignet gewesen, Tochterinstitute zu gründen, da in London bereits viele britische wie auch US-amerikanische Großbanken ansässig waren, was eine Konsortialführung einer deutschen Bank bei Anlagegeschäften wesentlich erschwert hätte. Neben steuerrechtlichen Vorteilen, so Kopper, bot Luxemburg im Vergleich zu anderen Bankenplätzen weitere Standortvorteile wie etwa eine diskretionäre Bankenaufsicht, niedrigere Gründungskosten und einen offenen Arbeitsmarkt, weshalb hier letztlich 1967 die Dresdner Bank, 1969 die Commerzbank und 1970 die Deutsche Bank jeweils Tochterinstitute gründeten. Diese hätten anfänglich der Kreditvergabe an Geschäftskunden, teils auch in Konsortialführung, gedient, wobei ab den 1980er Jahren auch Probleme auftraten: Neben einem erheblichen Wertberichtigungsbedarf für Kredite an lateinamerikanische Staaten und Polen war auch die Zinsmarge im Kreditgeschäft mit anderen OECD-Ländern niedrig. Folglich wurde das Privatkundengeschäft ausgebaut, welches erhebliche Provisionseinnahmen generierte. Zur gleichen Zeit kam es aufgrund einer zehnpromzentigen Quellensteuer in der Bundesrepublik Deutschland zu einer Fluchtwelle privaten Kapitals. Dies löste in den ausgehenden 1980er Jahren eine kurze Boomphase für deutsche Banken in Luxemburg aus, doch kurz darauf musste Luxemburg gemäß den Regelungen des europäischen Wirtschaftsraums den Finanzsektor stärker regulieren: 1999 wurde in allen Mitgliedsstaaten eine Mindestreservepflicht und bis 2005 auch in Luxemburg eine Quellensteuer eingeführt. Zwar verlor Luxemburg so allmählich seine Alleinstellungsmerkmale, nichtsdestotrotz blieben steuerliche Gegebenheiten des Standorts Luxemburg weiterhin

lukrativ, sodass er noch heute als ein bedeutender Finanzplatz insbesondere im Bereich der Vermögensberatung für Privatkunden bleibt.

Im darauffolgenden Vortrag thematisierte ALEXANDER NÜTZENADEL (Berlin) das Risikomanagement der Deutschen Bank im Zeitraum von 1975 bis 1990 und diskutierte hierbei, inwieweit historische Erfahrungen Eingang in diese fanden, wobei er hierfür auf Erkenntnisse der *behavioral economics* zurückgriff. Nützenadel argumentierte, dass unterschiedliche wirtschaftliche Risikofaktoren der 1960 bis 1970er Jahre, wie etwa die Aufhebung der Zinsbindung 1967, der Ölpreisschock oder die Schuldenkrise in Lateinamerika und Italien anlassgebend für den Ausbau und die Zentralisierung des Risikomanagements gewesen seien. Zuvor wurden Risikomessungen und Bonitätsprüfungen bei Kreditvergaben in den jeweiligen Filialen durchgeführt, die Zentrale in Frankfurt am Main war zuständig für die Abwicklung größerer Kredit- und Anlagengeschäfte gewesen. Durch den Ausbau der volkswirtschaftlichen Abteilung und der Zusammenarbeit dieser mit der Abteilung für Konzernentwicklung wie auch der Zentralen Internationalen Abteilung in den 1970er Jahren vollzog sich die Zentralisierung des Risikomanagements. Ein ebenfalls wesentlicher Bestandteil dessen war die Einführung eines Länderratingsystems, dessen Datengrundlage auf Berichten der Weltbank, des IWF, anderer Geschäftsbanken wie auch eigener Datenerfassung beruhte. Ferner legte Nützenadel dar, dass parallel zur Entwicklung von Langzeitprognosen auch historische Erfahrungen Eingang in die Risikobewertung gefunden hätten. Darüber hinaus habe die Deutsche Bank, anders als amerikanische Banken, frühzeitiger mit dem Ausbau des Informations- und Risikomanagements begonnen, nicht zuletzt aufgrund ihres Engagements in osteuropäischen Staaten wie Polen, die schon eher von der Schuldenkrise betroffen gewesen seien. Jedoch könne eine starke Fokussierung auf die Risiken der Staatsschuldenkrise zu einer Unterbewertung neuer Risikofaktoren seit den 1990er Jahren führen.

YI LIU (BOCHUM) legte in ihrem Vortrag dar, wie der Commerzbank AG der Zugang zum chinesischen Finanzmarkt gelang und welche Geschäftsmöglichkeiten sich ihr boten. Die Commerzbank baute bereits vor der Öffnungspolitik Chinas ab 1978 durch ihre Beteiligung an zwei Konsortien, eine davon unter Führung der Deutsch-Asiatischen Bank, den vorsichtigen Kontakt zur Volksrepublik auf. Auch habe die Commerzbank zu dieser Zeit eine Korrespondenz zu der Bank of China unterhalten. Ab den 1970er Jahren hätten sich vor dem Hintergrund der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der chinesischen Volksrepublik und der Bundesrepublik deutsche Großbanken, zunächst organisiert in Bankenclubs, in Hongkong etablieren können. Somit wurde Hongkong vor allem in seiner Funktion als Drehscheibe und Ausgangsbasis für Transaktionen und Investitionen im gesamten asiatischen Raum eine besondere Rolle zuteil. Im Jahr 1979 kam es schließlich zur Eröffnung einer Commerzbank Filiale in Hongkong, 1982 erfolgte dann die Errichtung einer eigenständigen Repräsentanz in Beijing, um dortige Marktchancen nutzen zu können.

Als Geschäftsfelder der Commerzbank AG nannte Liu unter anderem Handelsfinanzierung, Emission von Auslandsanleihen für China und die damit verbundene Sicherung des Zugangs zum internationalen Kapitalmarkt sowie Risikomanagement. Liu betonte in diesem Zusammenhang, dass die Volksrepublik China ein vorsichtiger Schuldner sei und Risiken stark kontrollieren wollte. Schlussfolgernd habe die Commerzbank die schrittweise Öffnung des chinesischen Markts für eine systematische Expansion genutzt und die Palette an Finanzprodukten schließlich diversifiziert, um konkurrenzfähig zu bleiben, höhere Erträge zu erzielen und Risiken zu begrenzen.